

Mitteilungen an Freunde und Förderer

FÜR DIE MENSCHEN RECHTE

IGFM - Internationale Gesellschaft für
Menschenrechte-Deutsche Sektion e.V.,
Edisonstraße 5, 60388 Frankfurt/Main

Nr. 9
Oktober 2025



Pakistan

Christen als Notleidende „zweiter Klasse“

Nicht einmal in der größten Not wird Angehörigen der christlichen Minderheit in Pakistan gleichberechtigt Unterstützung zuteil: Insbesondere durch anhaltende Regenfälle während der Monsunzeit ist die pakistanische Provinz Punjab von den schwersten Überschwemmungen in ihrer Geschichte betroffen. Das an Indien angrenzende Gebiet wurde zudem von Wassermassen aus überlaufenden indischen Flüssen und Staudämmen überflutet. Bis zum Redaktionsschluss waren weit mehr als 1.000 Dörfer überschwemmt. Im Namen der christlichen Bevölkerung in mehrheitlich muslimischen Siedlungen haben uns seit Ende August mehrere Hilferufe erreicht.

„In dieser schweren Zeit beobachten wir, wie Angehörige der Minderheit auf Hilfe warten, aber niemand zu ihnen kommt“, so schreibt die pakistanische Rechtsanwältin Aneeqa Anthony, Koordinatorin unserer Partnerorganisation „The Voice Society“ an die IGFM. Die Regierung verteilt zwar großflächig in den betroffenen Gebieten Lebensnotwendiges. Angehörige religiöser Minderheiten werden jedoch häufig bei der Verteilung abgedrängt und wagen es nicht, sich dagegen zu wehren. Sie fühlen sich durch radikalislamische Gruppen bedroht. Tatsächlich benutzen Islamisten in den vergangenen Jahren mehrfach anfänglich kleine Streitigkeiten zwischen Nachbarn dazu, um zu Mobgewalt gegen ganze christliche Siedlungen anzustacheln.

„Ich möchte Sie auf die Diskriminierung, mit der die Christen konfron-

tiert sind, aufmerksam machen. Viele Unterstützer, seien es nun staatliche oder private Organisationen, geben unserer christlichen Gemeinschaft



Anhaltende Regenfälle führten zu schwersten Überschwemmungen in der pakistanischen Provinz Punjab. Fotos: HFO

keine Unterstützung, die ebenso von den jüngsten Überschwemmungen betroffen ist“, berichtet der Leiter einer örtlichen christlichen Organisation. „Es ist wichtig zu betonen, dass bei zahlreichen Gelegenheiten die von der Regierung geleistete Hilfe die christliche Bevölkerung nicht erreicht“, schreibt ein katholischer Pfarrer. Und der Pastor einer presbyterianischen Gemeinde beklagt: „Regierungsstellen und andere Einrichtungen haben sich bemüht, aber in unserer Gemeinde ist keine angemessene Unterstützung angekommen.“

Daher ist jetzt Unterstützung gefragt, bei der die traditionell Benach-

teiligten vorübergehend die Priorität haben. Nur auf diese Weise kann Chancengleichheit erreicht werden. Um diese Solidarität mit den Schwächsten bittet uns Aneeqa Anthony in ihrer E-Mail vom 1. September: „Diese Katastrophe hat das gesamte Leben der Menschen weggespült, nicht nur ihr Zuhause und ihre Lebensgrundlage. Schweren Herzens sehen wir, wie verheerende Überschwemmungen Punjab verwüsten“, schreibt sie. Unzähligen Familien fehle es noch immer am Nötigsten; sie haben kein Dach mehr über dem Kopf und sogar geliebte Menschen durch die Katastrophe verloren. „In diesen Krisenmomenten ist unsere Organisation zu dringendem Handeln aufgerufen und wir ergreifen gerne die Initiative, um den Notleidenden wenigstens zu helfen, die schweren Zeiten zu überstehen. Hierzu benötigen wir Ihre Unterstützung“, heißt es weiter in der Nachricht.

Aufgrund seiner Vernetzung durch vorausgegangener Hilfsprojekte weiß das Team von „The Voice Society“, wo es bedürftige Familien aufsuchen kann. Die freiwilligen Helfer versorgen die Betroffenen mit dem Nötigsten wie sauberes Trinkwasser, Lebensmittel, Medizin und Hygienesets, darüber hinaus Wäsche und Bekleidung. In dieser aktuellen Notlage möchten wir „The Voice Society“ mit 5.000 Euro die Fortsetzung dieser Unterstützung ermöglichen. Wir erbitten Ihre Großzügigkeit.

**Kennwort für Ihre Spende:
Christen in Pakistan (46)**

Liebe Freunde,

in den Tagen unseres Redaktionsschlusses hat sich in den USA ein politischer Mord ereignet, der international in den Medien hohe Wellen geschlagen hat. Drei wichtige Erkenntnisse lassen sich aus der Tragödie für unsere Menschenrechtsarbeit ableiten:

Die Anwendung von politischer Gewalt ist das Gegenteil von Demokratie: Wenn die Waffen sprechen, haben Argumente ihre Überzeugungskraft verloren. Die schlimmste Form politischer Gewalt stellen die diktatorischen Regime dar, die ihre politischen Gegner mittels ihres Polizei- und Justizapparats bekämpfen, wie in Russland Wladimir Putin. Im Libanon wiederum droht zum Beispiel die radikalislamische

Hesbollah mit Bürgerkrieg, weil sie sieht, dass sie sich demokratisch nicht durchsetzen kann.

Die zweite Erkenntnis: Mit der Sicherheit ist es wie mit den Menschenrechten; sie ist unteilbar. Nur durch eine Verurteilung, gesellschaftlich und möglichst auch vor Gericht, kann der Rechtsstaat sich durchsetzen und die Gleichheit vor dem Gesetz bleibt geschützt. Es war beeindruckend zu lesen, dass doch einige fair denkende Zeitgenossen ungeachtet ihrer Haltung zu den Positionen Charlie Kirks an diesen Zusammenhang erinnert haben.

Wie sehr andererseits Straflosigkeit über den Einzelfall hinaus Schaden anrichtet, sehen wir in einigen Ländern, in denen wir uns für die Benachteiligten einsetzen. So wa-

gen es in Pakistan Christen, selbst dann, wenn sie ihr Dach über dem Kopf verloren haben, aus Angst vor islamistischer Gewalt nicht einmal, von ihrer Regierung Hilfe einzufordern und wenden sich mit ihren Bitten an uns.

Wir sehen auch: Nirgends ist die Achtung der Menschenwürde in Stein gemeißelt; sie muss immer wieder auf Neue verteidigt werden. Dort, wo dies der Staat nicht tun kann oder will, ist unser Einsatz gefragt.

Herzliche Grüße

Ihre



Michaela Koller



Russland

Kein Recht für Putins Kritiker und ihre Familien

Von März 2021 bis Juli 2022 vertrat Aleksej Lipzer als einer von vier Verteidigern den am 16. Februar 2024 verstorbenen Oppositionellen Alexei Nawalny vor Gericht. Am 13. Oktober 2023 ordnete ein Moskauer Bezirksgericht für Lipzer und seine Anwaltskollegen wegen „Teilnahme an Aktivitäten einer extremistischen Vereinigung“ Untersuchungshaft an. Indem alle Aktivitäten Nawalnys als extremistisch und nach dem ‚Gesetz über ausländische Agenten‘ als verboten eingestuft wurden, wird auch sein Rechtsbeistand als extremistisch verfolgt. Am 17. Januar 2025 wurde Lipzer zu einer Gefängnisstrafe von fünf Jahren verurteilt und sitzt seitdem in der Untersuchungshaftanstalt Nr. 1 in Wladimir in der Region Zentralrussland.

Dieses Urteil ist das Signal an alle Anwälte, dass es zunehmend schwieriger wird, Menschen zu schützen, die in Russland aus politischen Gründen verfolgt werden. „Durch den Druck auf die Menschenrechtsverteidiger besteht die Gefahr, dass das wenige, das von der Rechtsstaatlichkeit übriggeblieben ist, zerstört wird. Anwälte sollten für ihre Arbeit nicht strafrechtlich



Aleksej Lipzer am Rande seines Prozesses; Foto: privat

verfolgt werden“, kommentiert Lew Ponomarjow, Mitgründer der russischen Menschenrechtsorganisation „Memorial“ - er ist der Großvater von Aleksej Lipzer - das Urteil in einem Schreiben an die IGFM.

Am 6. September 2025 verstarb Lipzers Mutter, selbst eine renommierte Anwältin, nach langer Krankheit. Die Redaktion der Nowaja Gaseta hatte daraufhin einen Aufruf veröffentlicht, dem in Untersuchungshaft befindlichen Anwalt Aleksej Lipzer zu erlauben, sich von seiner Mutter zu verabschieden. Die IGFM hatte diesen Appell unterstützt.

Doch das Gericht reagierte mit dem formalen Bescheid: Da das Urteil gegen Lipzer angefochten wurde und somit noch nicht rechtskräftig ist, findet die Vorschrift, Personen aus dem Strafvollzug wegen außergewöhnlichen persönlichen Umständen Freigang zu gewähren, auf ihn keine Anwendung.

Lipzers junge Familie ist nach Sperrung seiner Bankkonten mittellos. Selbst die Reisekosten für den Besuch der 200 Kilometer entfernten Haftanstalt kann sie aus eigenen Mitteln nicht mehr bestreiten. Wegen des Verbots der direkten Unter-

stützung aus dem Ausland gehen wir Umwege über Freunde in Russlands Nachbarstaaten. Die IGFM-Hilfe für politische Gefangene in Russland umfasst sowohl die Beihilfe für Rechtsanwalts honorare, den Kauf notwendiger Medikamente, die Bezahlung von Reisekosten zum Besuch der Gefangenen als auch die Finanzierung der Öffentlichkeitsarbeit, damit die politischen Gefangenen nicht in Vergessenheit geraten. Bitte helfen Sie uns dabei.

**Kennwort für Ihre Spende:
Gerichtsverfahren (44)**

„Jeder Luftangriff bedeutet für mich eine schwere Prüfung. Mein Herz hält dem Stress nicht stand, mein Blutdruck steigt und ich fühle mich sehr unwohl. Ich lebe allein, mein Mann ist verstorben, meine Tochter ist ins Ausland geflohen. Ich überlebe mit etwa 4.000 Griwna Rente (weniger als 100 Euro). Das meiste davon brauche ich für Medikamente. Ich zähle jede Münze. Die Unterstützung, die ich erhalten habe, war eine große Erleichterung. Es ist nicht nur materielle Hilfe: Es ist auch das Gefühl, dass es Menschen gibt, denen unser Schicksal hier am Herzen liegt.

Vielen Dank für Ihr aufrichtiges Herz. Ich wünsche allen, die sich an dieser guten Sache beteiligen, Gesundheit, Frieden und Gottes Segen.“ Mit diesen Worten hat sich die 77-jährige Tetiana Pokydko aus Putivl bedankt.

Welch ein Unterschied sich doch zwischen den Durchhalteparolen, angekündigten und gebrochenen Versprechen, die uns Nachrichtensprecher täglich als neue Chance für ein Kriegsende in der Ukraine präsentieren, und den ehrlichen Worten einfacher Menschen zeigt, die sich über ein Hilfspaket der IGFM freuen. Die Menschen, die bis jetzt in der Nähe der Frontlinien ausgehalten hatten, aber nun doch fliehen mussten, weil die putinsche Kriegsmaschinerie nicht gestoppt werden kann, sprechen noch von der Hoffnung, die sie auf Rückkehr haben.

Doch wir erhalten auch solche Worte wie die von Olena, von Menschen, die als Flüchtlinge zwar untergekommen sind und wofür sie auch dankbar sind, aber auf sie hat niemand gewartet. Olena bleibt Fremde im eigenen Land. Sie braucht Hilfe und Kontakte:

„Mein Name ist Olena Holub, ich bin 58 Jahre alt. Vor dem Krieg lebte ich in der schönen Stadt Sjewjerodonezk in der Region Luhansk. Meine Kinder sind durch den Krieg über die ganze Welt verstreut worden. Der einzige Trost für mich ist der, zu wissen, dass sie leben und sich in Sicherheit befinden. Das Schwierigste ist

heute nicht nur der Verlust unseres Zuhauses, sondern auch der Verlust des Gefühls, daheim zu sein. Ich kann mich in dieser fremden Stadt nicht wiederfinden. Die Sehnsucht nach der eigenen Heimat, nach dem Leben, das wir einst kannten, lastet schwer auf mir. Ihr Mitgefühl hilft uns, an der Hoffnung festzuhalten und an eine bessere Zukunft zu glauben.“

In den vergangenen drei Jahren haben die IGFM-Mitglieder in der Ukraine ausreichend Erfahrungen in der grenz- und frontnahen Hilfe für Binnenflüchtlinge gesammelt. Sie unterhalten mehrere Stützpunkte und eine Webseite, wo sich Bedürftige melden können. Und dort erfahren wir von

den Schicksalen wie das von Olena. Inzwischen hat die IGFM über 500 Adressen von Menschen, die ähnlich wie sie unterstützt werden müssen, die aber mehr brauchen als materielle Hilfe – nämlich Kontakte.

Zur Unterstützung dieses Personenkreises wenden wir uns an Sie. Nehmen Sie teil am Los dieser Menschen durch eine individuelle Paket-Patenschaft

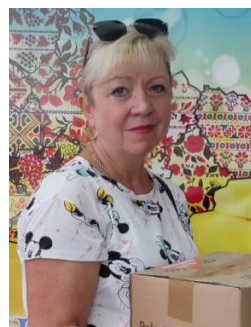
Wenn Sie zustimmen, stellen wir Ihnen Hilfsbedürftige in einem Kurzporträt mit Foto vor. Sie erklären sich bereit, zur Unterstützung einer vorgestellten Person monatlich 25 Euro zu zahlen. Sie entscheiden, ob sie gegenüber dem Paketempfänger anonym bleiben oder Kontakt aufnehmen wollen. Ihre Spenden werden unter dem Stichwort Paket-Patenschaft und Ihrem Namen in einem Fonds gesammelt. Ihre Spenden leiten wir abzüglich eines Verwaltungskostenbeitrags von einem Euro an unsere Sektion, die im Wert von 20 Euro ein individuell auf den Empfänger abgestimmtes Paket zusammenstellt und gegen Empfangsbestätigung zustellt bzw. übergibt. Vier Euro bleiben bei der Sektion für Fahrt- und Zustellkosten, Registrierung und Verbuchung sowie ihre Berichtspflichten. Sollte ein persönlicher Kontakt erwünscht werden

und es entsteht Schriftverkehr, helfen wir Ihnen gerne in überschaubarem Rahmen bei Übersetzungen. Ob mit persönlichem Kontakt oder anonym: Wir bitten um Ihre Spende.

**Kennwort für Ihre Spende:
Paket-Patenschaft (365)**



Tetiana Pokydko



Olena Holub

Abschnitt bitte per E-Mail an ukraine-paket@igfm.de oder per Post an IGFM, Edisonstr. 5, 60388 Frankfurt

Ich bin bereit, für den Zeitraum von drei sechs zwölf Monaten eine Paket-Patenschaft in Höhe von 25 € monatlich zu übernehmen.

Ich möchte Informationen über den Paketempfänger

Ich möchte Kontakt zum Paketempfänger keinen Kontakt zum Paketempfänger

Vorname, Nachname, Adresse

Datum, Unterschrift

Zedernstaat am Scheideweg

„Den Teufelskreis der Armut durchbrechen“

„Es gibt heute gute Nachrichten: Kamil hat sehr erfolgreich sein Studium abgeschlossen und ist jetzt auf der Suche nach einer Anstellung“, berichtet Penelope Boujaoude von der libanesischen Hilfsorganisation Flamme de Charité in einem Video-Gespräch. „Die IGFM hat mit ihrer Unterstützung unserer Arbeit dazu beigetragen.“ Wir berichteten im vorigen Jahr über das Schicksal der Familie des 20-jährigen Christen. Sein Großvater kam mit der ersten palästinensischen Flüchtlingswelle bereits 1948 in den Libanon. Sein Vater Maroun, 55 Jahre alt, wurde im Zedernstaat geboren. Aber per Gesetz bleibt allen Nachfahren der Palästinenser ebenfalls die Staatsbürgerschaft des Libanon verwehrt. Im alltäglichen Leben erfahren er und seine Kinder dadurch Nachteile, obwohl seine Frau Nancy (42) Libanesin ist. Bislang lag es an ihr als Angestellte in einem Supermarkt, für den Broterwerb der Familie zu sorgen. Ihr Mann kann nicht einmal einen Hilfsjob ausüben, da er seit einigen Jahren gegen eine Krebserkrankung kämpft. Der libanesische Staat kann mit keinem sozialen Netz aufwarten, um solche Familien in Not aufzufangen.

Immerhin besteht für Kamil und seine Familie nun Anlass zur Hoffnung. Und nicht nur für sie: Die libanesische Regierung, die nach einer Übergangsverwaltung von zwei Jahren seit Frühjahr in Beirut die Geschicke

steuert, zeigt sich entscheidungsfreudig. Ihr wird zugetraut, die Wirtschaft endlich wieder auf die Spur zu bringen. Vor dem libanesischen Bürgerkrieg (1975 bis 1990) kennzeichneten den Zedernstaat Vielfalt, Verständigung und Zusammenarbeit über die Grenzen unterschiedlicher



Kamil (ganz links) und seine Schwester Marilyn (außen rechts) mit ihren Eltern Maroun und Nancy; Foto: FdC

Religions- und Konfessionsgruppen hinweg. Präsident Joseph Aoun ist entschlossen, an diese Werte wieder anzuknüpfen und dafür in der Region zu werben. Er empfing dazu den Präsidenten des Internationalen Rates der IGFM, Erzbischof Professor Thomas Schirmmayer, zusammen mit Generalsekretär Matthias Böhning, um die „Internationale Konferenz zu Vielfalt, Glauben und Nachhaltigkeit“ am 25. Oktober 2025 in Beirut vorzubereiten.

Doch zunächst einmal müssen die Waffen, die derzeit noch an der Südgrenze eingesetzt werden, zum Schweigen gebracht werden. Seit der vereinbarten Waffenruhe Ende November 2024 werfen sich beide

Seiten Verstöße vor. Der Krieg der Hesbollah mit Israel hat sehr viel Zerstörung und Leid verursacht und das Land weiter zurückgeworfen. So sehen es viele Libanesen; viele von ihnen sind kriegsmüde. Sie wünschen sich, dass auch die pro-iranische Miliz und Partei Hesbollah die neuen Realitäten anerkennt. Sie verstehen große Teile der schiitischen Bevölkerung nicht, die immer noch den bei einem israelischen Luftangriff ums Leben gekommenen Hesbollah-Chef Hassan Nasrallah verehren, insbesondere wenn sie sogar ihr Haus oder Angehörige durch den Waffengang verloren haben.

Im August beschloss nun die Regierung in Beirut, allein der Staat solle über das Waffen-Monopol verfügen und die Schiitenmiliz solle entwaffnet werden. Planmäßig signalisierte Jerusalem bereits die Bereitschaft, die Militärpräsenz im Süden des Nachbarlandes schrittweise abzubauen. Die Hesbollah kündigte jetzt aber lautstark an, am „bewaffneten Widerstand gegen Israel“ festhalten zu wollen und drohte bereits mit Bürgerkrieg, obwohl sie in der zurückliegenden Auseinandersetzung wesentlich geschwächt wurde. Jede Stärkung und Ermutigung der Friedenskräfte ist jetzt willkommen.

Viele Libanesen verloren in den Krisen der letzten Jahre ihre Ersparnisse und sogar ihre Lebensgrundlage. Seit ihrer Gründung im Jahr 2020 durch die junge libanesische Christin Penelope Boujaoude trägt Flamme de Charité mehr als 200 Familien durch schwierige Zeiten, ob mit Zuschüssen fürs Wohnen oder für medizinische Behandlungen, mit Gutscheinen für den alltäglichen Bedarf oder Fördermitteln zur Ausbildung. Insbesondere die letztgenannte Aktion führt auf den Weg einer nachhaltigen Entwicklung. „Nur so kann der Teufelskreis der Armut durchbrochen werden“, ist Boujaoude überzeugt.

Wir möchten ihre Organisation „Flamme de Charité“ mit 6.000 Euro unterstützen und somit Familien wie die des jungen Hoffnungsträgers Kamil durch einen monatlichen Zuschuss für das Notwendigste helfen.

Impressum

Herausgeber: Internationale Gesellschaft für Menschenrechte - Deutsche Sektion e.V. (IGFM)
Edisonstraße 5 • D-60388 Frankfurt,
Tel.: 069 - 420 108 0 • Fax : 069 - 420 108 33
E-Mail: info@igfm.de Internet: www.igfm.de
UstIDNr. DE 1142 35 684

Redaktion: Michaela Koller und Karl Hafen

Erscheinungsweise: monatlich

Druck: johnen-druck, Bernkastel-Kues

Satz und Layout: Manuel Kimmerle

Sektion Schweiz:

Geschäftsführer Hanspeter Hartmann
Clavanuovweg 14 • CH - 7249 Serneus
Telefon +41 44 586 45 45

Dieses Mitteilungsblatt wird an Mitglieder und Förderer der IGFM kostenlos verschickt. Hier geäußerte Meinungen stimmen nicht unbedingt mit der Meinung des Herausgebers überein. Dieser Ausgabe liegt eine Zahlkarte der IGFM bei.

Bei Verfolgten, die nicht schon vor Beginn der Verfolgung Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens waren, wurde der Name aus Sicherheitsgründen geändert.

Um Kosten für Druck und Postgebühren einzusparen, können wir Ihnen diese Mitteilungen auch als PDF-Datei (Ansicht und Aufmachung wie gedruckt) zusenden.

Bitte schicken Sie uns dazu einfach eine E-Mail an info@igfm.de

Ihre Spende überweisen Sie bitte unter Angabe des entsprechenden Kennwortes oder der Kennziffer auf folgendes IGFM-Konto:

IBAN: DE93 3702 0500 0001 4036 00
Swift-BIC: BFSWDE33XXX
SozialBank



Die Finanzen der IGFM werden jährlich von einem unabhängigen Wirtschaftsprüfer geprüft. Den Prüfvermerk stellen wir auf Nachfrage gerne zur Verfügung.

**Kennwort für Ihre Spende:
Libanon (18)**